



Das Ziel der Unternehmer-Kandidaten: ein Sitz im Nationalratssaal.

Ab nach Bern

Sie wollen bessere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft: Zahlreiche Unternehmer stellen sich im Oktober zur **Wahl in den Nationalrat**. Die meisten sind Mitglieder einer bürgerlichen Partei. Doch es gibt Ausnahmen.

FLORENCE VUICHARD TEXT

Er passt so gar nicht ins Bild des idealtypischen Unternehmers: Statt Krawatte trägt Gerhard Andrey seine Haare lang, statt in einer bürgerlichen Partei politisiert er für die Grünen. Doch bei Grosskonzernen ist er inzwischen ein gern gesehener Gastreferent. Einer, der quer denkt, der anders funktioniert und der vor allem seine Firma anders führt, als es das Lehrbuch vorschreibt.

Grund für die Anerkennung ist der Erfolg: 110 Mitarbeiter zählt die von Andrey mitaufgebaute Liip AG heute – Tendenz steigend. Zum Renommée tragen auch die Preise bei, die seine Webagentur einheimen konnte, wie der Prix Egalité oder der zweite Rang beim Nachhaltigkeitspreis der Zürcher Kantonalbank. Nun will der wirblige Unternehmer auch nach Bern, ins Parlament, und dort für vier Wochen Vaterschaftsurlaub kämpfen und die anderen, unkonventionellen Rezepte seiner Firma bekannt machen: flache Hierarchien, Teilzeitarbeit auf jeder Stufe oder einen 14. Monatslohn für alle statt Boni für Einzelne.

Bürgerliche mit Unternehmerlisten. Mit solchen Voten ist Andrey ein Exot in der Schar der Unternehmer, die diesen Herbst zu den Nationalratswahlen antreten. Die meisten von ihnen führen einen Familienbetrieb in zweiter, dritter oder vierter Generation, sind in der Maschinen-, Holz- oder Bauindustrie tätig, gehören einer bürgerlichen Partei an und haben ganz andere Prioritäten: Sie wollen in Bern gegen neue Abgaben und Steuern kämpfen, für gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft allgemein – und vor allem für die KMUs.

Gemeinsam ist ihnen auch die Überzeugung, dass es dringend mehr Unternehmer unter der Bundeshauskuppel brauche. Vor allem jetzt, musste die Berufsgruppe in der ablaufenden Legislatur doch mehrere gewichtige Abgänge verzeichnen, wie die Rücktritte von Zughersteller Peter Spuhler oder Maschinenbauer Hansruedi Wandfluh. Von den 200 National- und 46 Ständeräten sind heute noch rund 15 Unternehmer. «Ein Unternehmer kann im Parlament am meisten bewirken», lautet Kurt Schärs Überzeugung, der die Flyer-Herstellerin Biketec aufgebaut hat und jetzt für die Grün- ▶

Fotos: Parlamentsdienste, Bern, PR



Wahlchancen: Die Grünen werden es schwer haben, einen Sitz in Freiburg zu holen.
★★★★

FR/Grüne

Gerhard Andrey (39)

Mitgründer und Mitinhaber der Webagentur Liip, verheiratet, zwei Kinder

2001 gründete Gerhard Andrey, Schreiner und Holzingenieur, der später ein Nachdiplomstudium in Informatik absolvierte, in Freiburg eine IT-Firma, die 2007 mit einer IT-Firma aus Zürich zur Liip AG mit rund 15

Mitarbeitern fusionierte. Heute sind es 110 – verteilt auf die Standorte Freiburg, Zürich, Bern, Lausanne und neu St. Gallen. Zu den Kunden zählen etwa Raiffeisen, Migros oder die SRG: Für diese hat die Firma im Wahljahr die «Politbox»-App umgesetzt, eine Quiz-App mit Fragen zu Schweizer Politik und Gesellschaft. Andrey versteht die Liip AG auch als «politisches Unternehmertum», hier setzt er mit seinen Partnern die Ideen um, für die er in Bern kämpfen möchte: Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Geschlechter, Mitarbeiterdemokratie und vier Wochen Vaterschaftsurlaub – und «als Technik- und Internet-Affiner natürlich auch für den Umbau des Wirtschaftssystems hin zu einer nachhaltigen, dezentralen Kreislaufwirtschaft».



Wahlchancen: Ein 3. SP-Sitz in Basel ist möglich. Falls es nicht klappt, dürfte Atici bald nachrutschen.
★★★★

BS/SP

Mustafa Atici (45)

Geschäftsleiter der AD Management und der A FoodLiner, Berater für Lebensmittelimporteure, Grossrat, verheiratet, zwei Kinder

Mustafa Atici studierte zuerst in Ankara Ingenieurwissenschaften, dann ab 1992 in Basel Wirtschaft und schloss danach ein zweijähriges Nachdiplomstudium «Master

of Advanced European Studies» am Europa-Institut ab. Später baute er mit seinem Bruder und seiner Schwester eine eigene Firma auf: «Ich komme aus einer Händlerfamilie», sagt Atici. «Selbständigkeit war für mich eine Selbstverständlichkeit.» Seine zwei Cateringfirmen, AD Management GmbH und A FoodLiner GmbH, beliefern das Stade de Suisse in Bern und den St.-Jakob-Park in Basel und beschäftigen zusammen drei Festangestellte sowie 60 Teilzeitangestellte. Zudem arbeitet Atici als Berater für Importeure von Lebensmitteln und sitzt im Basler Kantonsparlament. Zeitlich bringt er alles unter einen Hut, auch weil der Arbeitsaufwand bei Cateringfirmen vor allem auf Wochenenden fällt, an denen Fussballspiele vorwiegend stattfinden.



Wahlchancen: Die FDP braucht in St. Gallen eine Listenverbindung für einen 2. Sitz.
★★★★

SG/FDP

Marcel Dobler (34)

Mitgründer von Digatec, Unternehmer, verheiratet, zwei Kinder

Marcel Dobler gründete 2001 mit zwei Freunden den Onlinehändler Digatec, der heute rund 500 Mitarbeiter zählt. 2012 verkauften die drei Gründer für geschätzte 42 Millionen Franken eine 30-Prozent-Beteiligung an die Migros, zwei Jahre

später stieg Dobler ganz aus und trennte sich auch von seinen restlichen Aktien. Jetzt konzentriert er sich auf die Politik, beendet sein Wirtschaftsinformatikstudium und beginnt das Bobfahren, wofür er auch mit Beat Hefti trainierte. Bis zu den Wahlen im Oktober, also bis er weiss, ob er gewählt wird oder nicht, will er keine anderen hauptberuflichen Verpflichtungen eingehen. «Wenn ich etwas mache, dann mit vollem Engagement», sagt Dobler. Engagieren im Parlament möchte er sich für den Wirtschaftsstandort Schweiz. «Da habe ich als Unternehmer mit meinem Leistungsausweis und meinen 13 Jahren Erfahrung eine hohe Glaubwürdigkeit.» Ein Dorn im Auge ist ihm die fehlende Beschaffungsfreiheit und die daraus folgenden überbeurteilten Importpreise.

► liberalen ins Rennen um einen Nationalratsstz steigt. «Der Unternehmer weiss, wie man das Geld verdient, mit dem wir uns dann einen grosszügigen Sozialstaat und eine nachhaltige, enkeltauglich agierende Gesellschaft leisten können.» Schär hat deshalb im Kanton Bern eine «Unternehmerliste» zusammengestellt. Auch die grünliberalen Kantonalparteien von Freiburg und Basel-Stadt treten zusätzlich mit Unternehmerlisten an. Die Christdemokraten gehen im Kanton Bern ebenfalls mit einer Liste der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft (AWG), einer CVP-Vereinigung, in die Wahlen, die FDP mit einer Unternehmerliste im Kanton Schwyz.

Das Label «Unternehmer» wird vielerorts wohlwollend aufgenommen, doch ist damit allein noch nichts gewonnen, kandidieren doch rund 3500 Personen für die 200 Nationalratssitze. Für den Wahlerfolg sind andere Faktoren entscheidend: die Stärke der Parteien, die Listenverbindungen im Kanton und die aufgrund der demografischen Entwicklung veränderten Sitzzahlen pro Kanton. So sinkt die Zahl in Bern von 26 auf 25, während sie in Zürich von 34 auf 35 steigt.

Freiraum für Politik. Mehrere Unternehmer sind heute schon auf kommunaler oder kantonaler Ebene politisch aktiv. «Jeder sollte sich irgendwie für die Allgemeinheit engagieren», sagt Josef Wiederkehr (CVP), Verwaltungsratspräsident

Lohn und Spesen

Durchschnittliche Angaben für einen Nationalrat 2014

Einkommen (steuerpflichtig)	69 837
Jahreseinkommen	26 000
Taggelder (inkl. Sessionen)	40 205
Entschädigungen für Präsidien und Berichterstatter	1 774
Distanzentschädigung (Verdienstausfall 1/3)	465
Kranken-, Unfall- und Mutterschaftstaggeld	385
Betreuungszulage	1 008
Spesen	59 610
Jahresentschädigung	33 000
Mahlzeitenentschädigungen	10 074
Übernachtungsentschädigungen	9 492
Mahlzeiten- und Übernachtungsentschädigung Ausland	1 475
Distanzentschädigung (Spesenteil 2/3)	929
Generalabonnement	4 640
Vorsorge (steuerpflichtig)	
Vorsorgeentschädigung	10 109
Total	139 556



Wahlchancen: Ein 3. Sitz ist für die SVP in Luzern in Griffnähe, Grüters Chancen sind gut. ★★★★★

LU/SVP

Franz Grüter (51)

Mitinhhaber, CEO und Verwaltungsratspräsident der Green.ch-Gruppe, Kantonsrat, verheiratet, drei Kinder

Der ausgebildete Marketingplaner und Elektrotechniker Franz Grüter gründete Mitte der 1990er Jahre mehrere Internetunternehmen, die er später in die USA verkaufte. Eines davon kaufte er 2005

wieder zurück: die Via Net Works AG. 2008 übernahm Grüter mit der Investorengruppe Altice den vom Bauernverband gegründeten Provider Green.ch und fusionierte diesen mit seinem Unternehmen. Die Green.ch-Gruppe beschäftigt heute in der Schweiz rund 120 Mitarbeiter. Vor drei Jahren ist Grüter in die Politik eingestiegen und hat das Präsidium der SVP Luzern übernommen. Im März wurde er zudem in den Kantonsrat gewählt. «Der Spagat zwischen Unternehmertum und Politik ist gigantisch», sagt Grüter, der ein vehementer Verfechter des Milizparlaments ist. «Es ist aber wichtig, dass auch Leute im Parlament sind, die mit beiden Füßen in der Wirtschaft stehen und die Probleme der KMUs aus eigener Erfahrung kennen.»



Wahlchancen: Ein 2. CVP-Sitz ist dank der breiten Listenverbindung möglich, aber nicht einfach. ★★★★★

TG/CVP

Ruedi Heim (49)

Geschäftsführer, Verwaltungsrat und Mitinhhaber der Kifa Holding, Kantonsrat, zwei Kinder, in fester Partnerschaft

Der studierte Betriebsökonom Ruedi Heim führt den Familienbetrieb in vierter Generation. Ursprünglich wurde die Kifa, die heute rund 150 Mitarbeiter zählt, als Holzverpackungsfirma gegründet, seit den

1970er Jahren ist sie auch im Systembau tätig und fertigt Holzhäuser an – für Schulen, für Unternehmen wie Roche und für den Bund: So stammt aus Heims Unternehmen das «House of Switzerland», das erstmals während der Winterspiele in Sotschi aufgestellt wurde. Heim sitzt seit mehreren Jahren im Kantonsrat. Nun hofft er, in Zukunft die «Sicht der Unternehmer» in Bern einzubringen. «Es ist wichtig, dass sich auch jene in der Politik einmischen, die wissen, wo das Geld verdient wird», sagt er. «Und das ist in der Wirtschaft und nicht im Staat.» Eines seiner Kernanliegen in der Politik ist die Bewahrung des «Produktionsstandortes Schweiz». Als Chefs eines Unternehmens an der Grenze zu Deutschland wisse er, wie schwierig das sei.



Wahlchancen: Die FDP Bern hat Chancen, einen 3. Sitz zu holen. Die interne Konkurrenz ist gross. ★★★★★

BE/FDP

Franziska Hügli (48)

Inhaberin der Hügli Consulting, Verwaltungsrätin bei Kästli & Co. und Legato Vermögensmanagement, Stiftungsrätin Renaissance KMU, verheiratet

Nach einem Studium in Betriebswirtschaft an der Universität Bern arbeitete Franziska Hügli als Journalistin, unter anderem bei BILANZ, und war zuletzt Chefredaktorin des Portals Moneycab. Danach leitete sie

die Personal- und Kommunikationsabteilung bei Tamedia und wechselte in die Geschäftsleitung des Post-Konzernbereichs Swiss Post Solutions, bevor sie sich 2011 als Unternehmensberaterin selbständig machte. «Das Wohlergehen der Unternehmen entscheidet massgeblich über das Wohlergehen der Schweiz», sagt Hügli. «Deshalb braucht es mehr Unternehmer im Parlament.» Sie selbst will die Sicht der KMUs einbringen, die sie aus ihrer Arbeit als Verwaltungsrätin kennt sowie von der Firma ihres Ehemanns, der Storenproduzentin Kästli & Co., die 45 Mitarbeiter beschäftigt. Zentral sind für Hügli Arbeitsmarkt-relevante Themen, wie die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, die Vorsorgereform 2020 und vor allem der Fachkräftemangel.



Wahlchancen: Ein 3. BDP-Sitz in Zürich ist kaum realistisch, Hunger könnte einen Bisherigen verdrängen. ★★★★★

ZH/BDP

Stefan Hunger (51)

Chef und Mitbesitzer von Inoversum und IPM Consulting Partners, Kantonsrat, verheiratet, zwei Kinder

Der ausgebildete Lehrer Stefan Hunger arbeitete zuerst in seinem Beruf und danach bei einer Versicherung, wo er Personalchef wurde. 2007 gründete er mit einem Partner die auf öffentliche

Verwaltungen spezialisierte Beratungsfirma Inoversum. Später übernahmen die beiden zudem die IPM Consulting Partners AG. Die zwei Firmen beschäftigen sechs Mitarbeiter. Seine Ehefrau hat ein Reinigungsunternehmen mit mittlerweile 35 Angestellten aufgebaut. Parallel zu seiner Tätigkeit als Personalchef war Hunger als Parteilooser zwölf Jahre in der Exekutive von Mönchaltorf. 2009 trat er in die BDP ein, für diese sitzt er seit 2011 im Kantonsrat. Nun will er sich national einsetzen für «gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und für die Sicherung von Arbeitsplätzen». Und für eine gute Bildungspolitik. «Denn nur so kann die Schweiz ihren Spitzenplatz in Bildung und Forschung behalten.»



Wahlchancen: Die BDP muss in Bern um ihre 4 Sitze bangen. Luginbühl könnte aber Bisherige verdrängen. ★★★★★

BE/BDP

Anita Luginbühl (55)

Mitinhaberin der Luag Luginbühl, Kantonsrätin, verheiratet, drei erwachsene Kinder

Die ausgebildete Chemielaborantin und Geschäftsfrau Anita Luginbühl leitet mit ihrem Mann die Schreinerei Luag Luginbühl AG, einen Familienbetrieb in dritter Generation mit zehn Mitarbeitern und drei

Lehrlingen. Sorgen bereitet ihr derzeit vor allem der starke Franken. Direkt betroffen ist sie nicht, doch sie befürchtet Zweit- und Dritteneffekte: Aufgrund des tiefen Euros könnten mehr Menschen verführt werden, den nächsten Tisch im Ausland zu kaufen. «Dadurch würde aber nicht nur unser Betrieb leiden, sondern das ganze soziale Gefüge.» Mittelfristig würden auch weniger Steuern und AHV-Beiträge einbezahlt. Luginbühl sitzt seit 2010 im Kantonsrat und präsidiert dort die BDP-Fraktion. Ihre politische Karriere begann sie als Parteiloose in Krattigen im Berner Oberland, für den Schritt ins Kantonsparlament schloss sie sich der SVP an, wurde aber nicht gewählt. 2008 wechselte sie in die BDP.



Wahlchancen: Die SVP könnte mit Martullo-Blocher in Graubünden einen 2. Sitz holen. ★★★★★

GR/SVP

Magdalena Martullo (46)

Mitinhaberin, CEO und Verwaltungsrätin der Ems-Chemie, verheiratet, drei Kinder

Wie der Vater, so die Tochter: Zuerst übernahm Magdalena Martullo-Blocher Ende 2003 von Christoph Blocher den Chefposten bei der Ems-Chemie, einem weltweit tätigen Konzern mit 2900 Mitarbeitern, davon 1000 im bündnerischen Domat/Ems. Jetzt will sie auch

auf der politischen Bühne in die Fussstapfen des Vaters treten und bewirbt sich als Neo-SVP-Mitglied für einen Nationalratsstz, jedoch nicht im Kanton Zürich, wo sie wohnt, sondern im Kanton Graubünden, der Heimbasis ihres Unternehmens. «Im Rahmen meiner Führungstätigkeit erlebe ich die nationalen politischen Fehlentwicklungen und deren Auswirkungen auf Unternehmen, aber vor allem auch auf uns Bürger tagtäglich», sagte sie anlässlich der Bekanntgabe ihrer Kandidatur Ende April. «Die aktuelle Bundespolitik ist von oberflächlichen Sachkenntnissen und leichtsinnigen Schnellschüssen geprägt. Überregulierung und ein ungebremster Staatsausbau belasten die Schweizer Wirtschaft, aber auch jeden Einzelnen zunehmend.»

der gleichnamigen Bauunternehmung. «Politik ist einer meiner Beiträge.» Eines ist jedenfalls klar: Fürs Geld alleine nimmt keiner die Strapazen auf sich. Im Schnitt beträgt die Entschädigung für einen Nationalrat knapp 140 000 Franken (siehe «Lohn und Spesen» auf Seite 64).

Wiederkehr hat sich den Freiraum für die Politik schon vor langer Zeit geschaffen. Andere sind erst jetzt so weit, wie Kurt Schär, der sich im letzten Sommer aus der Firma Biketec zurückgezogen und seine Anteile verkauft hat. Zwar kandidierte er bereits bei den Wahlen 2011 für die Grünliberalen, doch damals auf dem letzten Listenplatz, als Wahlhelfer für andere. «Jetzt habe ich Zeit für einen Wahlkampf und auch für ein Mandat.»

Andere sind Politik-Neulinge, wie Magdalena Martullo-Blocher, die Chefin und Miteigentümerin der Ems-Chemie. Im April ist sie der SVP Graubünden bei-

Das Label «Unternehmer» wird vielerorts wohlwollend aufgenommen.

getreten, jetzt ist sie deren Spitzenkandidatin. Ebenfalls ein Quereinsteiger ist der Digitec-Mitgründer Marcel Dobler. Die Politik ist derzeit zu seiner Hauptbeschäftigung geworden, jedenfalls bis im Oktober klar wird, ob er den Sprung ins Parlament schafft. Christian Neuweiler und Franziska Hügli sind schon länger Mitglied der FDP, beide bewerben sich aber erstmals um ein politisches Amt.

Die neu gewählten Unternehmer werden keine lange Schonfrist im Parlament geniessen. Schon sehr bald werden sie sich mit einem der wirtschaftspolitisch wichtigsten Dossiers auseinandersetzen müssen: der Zukunft der bilateralen Verträge mit der EU, die durch die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative stark gefährdet sind, da weder Kontingente noch Inländervorrang mit der Personenfreizügigkeit kompatibel sind. Noch dominiert bei den Bern-Anwärttern die Annahme, dass die Schweiz «schon irgendeine Lösung» finden werde. ►

► Müssten sie zwischen Zuwanderungsstopp und dem europäischen Vertragswerk wählen, dann spricht sich die Mehrheit für Letzteres aus. «Es ist essenziell, dass wir die bilateralen Verträge retten – für die Wirtschaft, aber auch für die Schweiz», sagt Stefan Hunger, Inoversum-Gründer und BDP-Kandidat.

Auch Digitec-Gründer Dobler will die Bilateralen bewahren, obwohl er selbst ein Ja zur SVP-Initiative in die Urne gelegt hat. «Die aktuelle unkontrollierte Einwanderung hat sehr negative volkswirtschaftliche Auswirkungen und führt zur Neun-Millionen-Schweiz», sagt er. Dieser Meinung ist auch der Green.ch-Chef Franz Grüter (SVP): «Wir müssen dringend eine Lösung für die Migrationsprobleme finden. Es kann nicht so weitergehen. Die Schweiz muss die Zuwanderung wieder selber steuern können.»

Die neu gewählten Unternehmer werden keine lange Schonfrist im Parlament haben.

Migration und Wirtschaft. Eine Sicht, die der Sozialdemokrat Mustafa Atici, selber Einwanderer, nicht teilt. «Wirtschaft, Bildung und Migration – diese drei Politikfelder müssen gemeinsam angeschaut werden», sagt der gebürtige Türke, der mit gut 20 Jahren in die Schweiz kam und hier nach einem Studium sein eigenes Cateringunternehmen aufbaute und heute für das leibliche Wohl der FCB- und YB-Fans im St.-Jakob-Park und im Stade de Suisse verantwortlich ist. «Eine gute Ausbildung löst die Probleme der Migrationspolitik und verhilft der Wirtschaft zu Fachkräften. Gute Bildung erhöht die Chancengleichheit und die Chance, dass sich alle am politischen und gesellschaftlichen Prozess beteiligen können.»

Nicht bei allen Unternehmern ist die Politik zweite Wahl. Gerhard Andrey wollte eigentlich schon früher einsteigen, «doch dann ist mir die Firma dazwischengekommen». Jetzt, da sich die Webagentur etabliert hat, sei die Zeit reif. ■



Wahlchancen: Mit breiter Listenverbindung dürfte die FDP Thurgau neu einen Sitz holen.
★★★★★

TG/FDP

Christian Neuweiler (55)

Hauptaktionär, CEO und Verwaltungsratspräsident der Neuweiler AG, verheiratet, vier Kinder

Der studierte Maschineningenieur Christian Neuweiler führt in fünfter Generation das Familienunternehmen. Die Neuweiler AG, ein Maschinenbaubetrieb mit Sitz in Kreuzlingen, beschäftigt 80 Mitarbeiter.

Neuweiler ist zwar bereits seit 1989 Mitglied der FDP, politisch engagiert hat er sich bis anhin aber vor allem über die regionalen Wirtschaftsverbände, wie die Industrie- und Handelskammer Thurgau, die er präsidiert. Jetzt will er nach Bern, denn es gebe «zu wenig KMU-Vertreter im eidgenössischen Parlament». Sollte er gewählt werden, könnte er sich vorstellen, die operative Führung der Neuweiler AG an Roy Bruderer zu übergeben, der eine Beteiligung von zehn Prozent an der Firma hält und heute bereits im Verwaltungsrat Einsitz nimmt. «Für eine gute Nachfolge wäre also gesorgt», sagt Neuweiler. In Bern will er sich «gegen jegliche zusätzlichen Gebühren, Abgaben und Steuern» wehren.



Wahlchancen: Ein 3. Sitz in Bern wäre für die GLP ein Grosserfolg. Da hätte Schär gute Chancen.
★★★★★

BE/GLP

Kurt Schär (50)

Präsident und Mehrheitsaktionär der Sunnsite Management AG, Verwaltungsrat der BKW, verheiratet, vier Kinder

2000 wurde der Radio-TV-Elektroniker und Marketingplaner Kurt Schär Geschäftsführer der sanierungsbedürftigen Firma BKTech, der Herstellerin des E-Bikes Flyer. Der erste Rettungsversuch

scheiterte, das Unternehmen kam 2001 in die Nachlassstundung. Schär kaufte es mit Partnern heraus und fing unter dem Namen Biketec AG mit sechs Mitarbeitern von vorne an. Diesmal mit Erfolg: Die Firma hat heute über 200 Mitarbeiter und erwirtschaftet einen Umsatz von rund 100 Millionen Franken. Schär zog sich im Sommer 2014 zurück, verkaufte seine Anteile und löste die Emmental Tours AG sowie Herzroute AG heraus. Jetzt habe er Zeit für die Politik, sagt der Grünliberale. «Ein Unternehmer kann im Parlament am meisten bewirken. Er weiss, wie man das Geld verdient, mit dem wir uns dann einen grosszügigen Sozialstaat und eine nachhaltige, enkeltauglich agierende Gesellschaft leisten können.»



Wahlchancen: Das Ziel der CVP in Zürich ist es, den 3. Sitz zurückzuholen. Einfach wird das nicht.
★★★★★

ZH/CVP

Josef Wiederkehr (45)

Verwaltungsratspräsident Josef Wiederkehr Bauunternehmung und S + W Bauunternehmung, Kantonsrat, verheiratet

Nach einer Maurerlehre holte Josef Wiederkehr die Matura nach und absolvierte ein Wirtschaftsstudium. Doch danach schlug sein Herz für die Familienbetriebe, ein Bauunternehmen, das er jetzt in vierter Gene-

ration führt und besitzt, und drei Gerüstbauunternehmen, mit gesamthaft rund 200 Mitarbeitern. «Es war die richtige Entscheidung. Es macht mir Spass.» Daneben nahm er sich aber schon immer Zeit für die Politik: während 13 Jahren in der Legislative von Dietikon, seit über zehn Jahren als Mitglied des Kantonsrates. «Jeder sollte sich irgendwie für die Allgemeinheit engagieren. Politik ist einer meiner Beiträge.» Zudem erachtet er es als wichtig, dass Unternehmer ihre Interessen selbst in die Politik einbringen. «Das Eigentum sollte wieder höher gewertet werden», sagt er und setzt sich deshalb für mehr Wohneigentum ein. «Wer in einer Gemeinde Wohneigentum hat, ist ihr stärker verbunden und eher bereit, sich dort auch zu engagieren, in Vereinen oder in der Politik.»